

NRMO: Anlage zum Protokoll der Mitgliederversammlung am 25.3.10

Berichte zu den Standortkonzepten in Coburg und Lichtenfels

Norbert Denninger-Liebkopf stellte die integrierte kommunale Mobilfunkplanung in Coburg vor.

Bekanntlich hatte die Bürgerinitiative in Coburg durch ein Bürgerbegehren die Stadt Coburg veranlasst, das Konzept der BI umzusetzen. Nach zwischenzeitlich zähen Verhandlungen zwischen BI und Stadt kam im Oktober 2009 ein entscheidender Durchbruch durch die Hinzuziehung von Rechtsanwalt Dr. Herkner. Den ersten Besuch Herkners bei der Stadt Coburg finanzierte die Bürgerinitiative aus Vereinsmitteln. Alle Standorte im Stadtgebiet sind inzwischen durch die Firma Enorm messtechnisch festgelegt. Das Konzept sieht einen Vorsorgewert von $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ im Außenbereich vor. Die Bebauungsplanänderung erfolgt zunächst für den Stadtteil Pilgramsroth.

Ergänzend ein Auszug aus der offiziellen Stellungnahme der BI Coburg auf der Webseite:

Am 25.3.2010 stimmte der Coburger Stadtrat nach einjährigem Verhandlungsmarathon der Beschlussvorlage zu. Dadurch wird die Stadtverwaltung verpflichtet, für eine gute, wenngleich nicht zwingend in allen Bereichen optimale Mobilfunkversorgung zu sorgen, und dabei aber in besonders schützenswerten Stadtbereichen wie Wohngebieten sowie z.B. in der Umgebung von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten und Altenheimen darauf zu achten, dass die Immissionsbelastung sehr niedrig bleibt (Ziel sind maximale Leistungsflussdichten von weniger als $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$).

Außerdem soll das Stadtbild nicht durch einen Antennenwald verunstaltet werden. Dies lässt sich nur erreichen, wenn die Stadtverwaltung selbst die Eckpunkte der Planung setzt und den Mobilfunkbetreibern durch entsprechende baurechtliche Festlegungen vorgibt, wo ein Ausbau der Sendekapazität möglich ist und wo nicht. Der Beschluss beinhaltet ferner die Zielvorgabe, dass bestehende Sendeanlagen mit hoher Strahlungsbelastung für die Anwohner durch entsprechenden Verhandlungen rückgebaut werden und - sofern für die Versorgung erforderlich - dann durch Alternativen ersetzt werden, die mit den kommunalen Vorgaben vereinbar sind. (www.forum-mobilfunk.de)

Bernhard Christof erläuterte das Mobilfunkkonzept in Lichtenfels.

Es steht unter dem Leitmotiv, dass die Kommune auch die Planungshoheit in der Mobilfunkplanung haben muss. Der Bürger hat das Recht auf Gesundheitsvorsorge. Deshalb wird die geringstmögliche Strahlenbelastung angestrebt. Grundsätzlich muss jedoch mobiles Telefonieren im gesamten Stadtgebiet möglich sein.

Die Planung begann im Jahre 2004. Seit 2007 ist das Konzept messtechnisch fertig. Zusätzlich zu den fünf bestehenden Standorten wurden weitere 17 mögliche Standorte festgelegt. Alle Betreiber gehen auf diese Standorte, die auch von der Stadt Lichtenfels zur Verfügung gestellt werden. Es erfolgt eine fortlaufende Änderung der Bebauungspläne: 60 bestehende Pläne und 40 neue Bebauungspläne sind zu bearbeiten. Juristisch wird die Einarbeitung durch Rechtsanwalt Frank Sommer aus Gräfelfing begleitet.

Herr Christoph nennt folgende Erfolgsfaktoren:

Die Bürger müssen das Standortkonzept wollen! Bürgermeister und Stadtrat müssen das Konzept genehmigen und unterstützen. Die Umsetzung erfolgt durch das Baureferat der Stadt Lichtenfels. Zusätzlich werden externe Berater für Technik und Recht eingesetzt.

Sowohl Coburg wie Lichtenfels ist gemein, dass die Städte keine Schulden haben und somit über ihre Finanzmittel selbst bestimmen können.